des Kreises, die Behörden Spandau

XVIII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Freitag, 1. November 1889.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Kaiser Wilhelm in Konstantinopel.

Die neue Reise unseres Kaisers, welche bis Athen den Charakter eines reinen Familien-Ereignisses an sich trug, beschäftigt die politische Welt, soweit dieser Ausflug auf den Besuch des Sultans in Konstantinopel Bezug hat. Man ist im deutschfeindlichen Auslande bereit, dem Monarchen allerhand politische Pläne dabei unterzuschieben, und namentlich französische Organe ließen es sich angelegen sein, bei diesem Anlaß den Argwohn Rußlands nach Kräften zu schüren, als käme es dem deutschen Monarchen vor Allem darauf an, bei Gelegenheit seiner Anwesenheit am goldenen Horn, durch seine persönliche Einwirkung den Sultan förmlich zum Eintritt in die mitteleuropäische Friedensliga zu bewegen und so einen Trumpf gegen Rußland auszuspielen.

In der Türkei selbst scheint man derartige phantastische Pläne ihrem Kaiser nicht zuzuschreiben. Der Begrüßungsartikel des offiziösen türkischen Blattes, des „Tarit", der uns telegraphisch angekündigt wird, läßt darüber keinen Zweifel, daß Wilhelms als ein glückliches Ereigniß für die Türkei und erblickt in dem Besuch des Kaisers den Beweis, daß Deutschland die weise Politik, welche der Sultan verfolge, billige. Das Journal bemerkt weiter, daß seit Friedrich dem Großen sich die Türkei der Sympathie Deutschlands erfreute. Der Kaiser werde mit großer Herzlichkeit von jenem muselmanischen Volke empfangen werden, und die Zusammenkunft der beiden Monarchen werde die guten Beziehungen befestigen, welche zwischen den beiden Kaiserreichen bestehen. Deutschland strebe nach der Aufrechterhaltung des Friedens, die Türkei verfolge dieselbe Aufgabe, indem sie eine strikte Neutralität beobachte." Damit ist denn von vornherein der Unterstellung unserer Widersacher jeder Boden entzogen worden. Denn da diese Betonung der osmanischen Neutralität schon vor dem Eintreffen Kaiser Wilhelms im Bosporus erfolgt, so wird es unmöglich sein, späterhin türkischen einen Mißerfolg unseres Kaisers zu konstruiren, weil er etwas nicht erreichte, was er überhaupt gar nicht angestrebt.

Man in Rußland diesen Versuchen, Argwohn auszustreuen, „Berliner gegenüberstellt, beweist die Beurtheilung, unser Petersburger d-Korrespondent berichtet, telegramm Kaiser Wilhelms aus Athen an den Fürsten in der russischen Hauptstadt gefunden hat. Die sonst nicht freundliche „Nowoje Wremja" benutzt diese laiserliche Kundgebung einer Auslassung, welche ihres ungemein hymnen Tons wegen wohl einige Verwunderung erregen dürfte. Sie lautet wörtlich:

„Heute, welche die größte Neigung fühlen zu der in unserer Zeit sehr verbreiteten Wissenschaft des „Lesens zwischen den Zeilen", werden kaum im Stande sein, irgend welchen politischen Hintergedanken aus dem Telegramm herauszufinden, mit welchem Kaiser Wilhelm den deutschen Kanzler aus Athen beehrte. Jede Zeile, jedes Wort dieses kurzen, aber in literarischer Hinsicht denkenswerthen Telegramms athmet rein jugendliche Freude eines hoch gebildeten Touristen, der von Liebe zu klassischem Alterthum durchdrungen und erfreut ist, daß es ihm endlich gelang, die „Stadt des Perikles" zu sehen, unter den „Säulen des Pantheon" zu weilen und von dort das Panorama des „alten, schönen Athens" zu schauen!

Eine gesunde und in politischem Sinne beruhigende Auffassung weht uns aus diesen enthusiastischen Ausdrücken des jugendlichen Monarchen entgegen. Man fühlt, daß der allgemeine Eindruck, den die Hauptstadt des griechischen Königreiches auf ihn machte, nicht nur dem Faktum der Vermählung seiner Schwester mit dem Kronprinzen von Griechenland und dem freundlichen Empfang seitens des Athener Hofes entsprang, sondern auch auf dem Gefühl der Befriedigung eines poetisch gestimmten Reisenden dafürt.

Das Telegramm Wilhelms II. an den Fürsten Bismarck wird man unserer Meinung nach nicht außer Acht lassen dürfen, wenn der Kaiser nach jenem Konstantinopel geht, das doch nicht nur die Hauptstadt des Sultans, das türkische Stambul, sondern auch das alte Byzanz ist, die Stadt großer historischer Erinnerungen und unnachahmlich malerischer Ansichten. Leicht möglich, daß Fürst Bismarck sich beeilte, das kein intime Telegramm zu veröffentlichen, weil man darin Material für eine außerhalb der Politik liegende Erklärung der Gefühle suchen kann, welche die bevorstehende Reise nach Konstantinopel dem Kaiser Wilhelm einflößt. Nun wird Niemand erstaunt sein, wenn während dieser Reise Nachrichten einlaufen, laut denen der hohe Reisende sich selbst dann noch sehr befriedigt zeigt, wenn der Sultan es vorzieht, nach wie vor sich von allen Verbindlichkeiten gegenüber der Friedensliga frei zu halten.

Desgleichen wird vollständig verständlich, warum Wilhelm II., der doch die volste Möglichkeit hatte, die Stimmung der Konstantinopeler Regierungskreise zu kennen, seiner jungen Gemahlin und sich das Vergnügen nicht verlagt, das alte Byzanz und den Bosporus zu sehen, ungeachtet der voraussichtlichen Wahrscheinlichkeit, daß sein Besuch beim Sultan die erwünschten (politischen?) Resultate nicht haben werde. Jedenfalls aber kann man annehmen, daß in diesem Augenblick eine solche unpolitische Interpretation des Besuchs für den deutschen Reichskanzler sehr wünschenswerth ist und das Athener Telegramm des Kaisers gerade im rechten Moment ankam. Erklärt es doch so einfach und wahrheitsgetreu die Motive der bemerkenswerthen Neigung des jungen Monarchen zu Auslandsreisen. Demnach ist es nützlich, alles Details, welche über den Besuch Wilhelms II. beim Sultan in die Oeffentlichkeit gelangen, gespanntest Aufmerksamkeit zu widmen. Dieses Ereigniß ist so sehr ungewöhnlich, daß der Gedanke an eine politische Unterlage wohl verzeihlich erscheint. Das russische Sprichwort: „Wer sich selbst versteht, den schützt auch Gott" — ist eins von denen, welche die Diplomaten aller Nationalitäten und darunter auch unsere Diplomaten nicht vergessen dürfen."

* * *

Am Mittwoch, noch im Piräus, beim Diner an Bord des englischen Admiralschiffes drückte der Kaiser Wilhelm in einem Toaste seine Befriedigung aus über den Titel eines Ehren-Admirals der englischen Flotte, welchen ihm die Königin von England verliehen habe. Zum Schluß trank Se. Majestät auf das Wohl der englischen Flotte. Ueber diesen Besuch auf der englischen Flotte verlautet noch Folgendes:

„Kaiser Wilhelm war bei seinem Besuche begleitet von Prinz Heinrich von Preußen und seinem Gefolge. Der Kaiser trug die britische Admiralsuniform, und seine Flagge wurde auf dem „Dreadnought", Flaggschiff des Admirals Hoskins, gehißt. Der Kaiser inspizirte zuvörderst den „Dreadnought", besuchte hierauf die Kriegsschiffe „Benbow", „Temeraire" und „Colossus" und kehrte alsdann auf das Flaggschiff zurück, um dort das Lunch einzunehmen, bei welchem außer dem britischen Admiral sämmtliche Kapitäne des Geschwaders und Sir E. Monson, der britische Gesandte in Athen, zugegen waren. Admiral Hoskins brachte die Gesundheit des Kaisers aus, wobei er bemerkte, daß der britischen Marine durch die Ernennung des Kaisers zu einem Admiral der Flotte eine hohe Ehre erwiesen wurde. Der Kaiser antwortete, er wäre stolz auf den Rang, den ihm die Königin Victoria verliehen habe.

„Man dürfte glauben", fuhr der Kaiser fort, „daß mein Interesse an der britischen Marine erst von meiner Ernennung zum Admiral der Flotte datirt, aber dem ist nicht so. Von frühester Jugend auf schon, als ich als kleiner Junge in der Portsmouther Werft umherlief, habe ich mich für britische Schiffe gründlich interessirt. Meine heutige Inspektion der Schiffe hat mir großes Vergnügen bereitet, und ich beglückwünsche sie zu ihrem Aussehen; Nelsons berühmtes Signal ist jetzt nicht nothwendig. Sie thun alle Ihre Schuldigkeit, und wir als junge Seenation kommen nach England, um von der englischen Marine etwas zu lernen."

Der Kaiser schloß seine Ansprache mit drei Hochs auf die britische Marine, in welche die deutschen Offiziere seines Gefolges herzlich mit einstimmten. Der Besuch dauerte sechs Stunden, und als der Kaiser nach dem Ufer zurückkehrte, wurden Salutschüsse abgefeuert, während die Matrosen die Raaen bemannten und ihrem hohen Gaste ein donnerndes Hurrah nachsandten."

* Graf **Kalnoky**, dessen bevorstehenden Besuch bei Fürst **Bismarck** in **Friedrichsruh** wir bereits vor einigen Tagen nach seiner politischen Tragweite ihm an leitender Stelle beleuchteten, ist Donnerstag Abend 9 Uhr, nachdem er vorher noch den russischen Botschafter in Wien, Fürsten Lobanoff, empfangen, nach Friedrichsruh abgereist. Der Graf ist vom Legationsrath v. Wydenbruk begleitet. Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt" nimmt hieraus Anlaß zu folgenden inspirirten Ausführungen:

Die Besprechungen beider Staatsmänner bewahren ungeachtet gleichartiger Wiederholungen eine ungeschwächte Tragweite für die Ziele des Friedensbundes. Der Besuch des Zaren in Berlin bot denselben reichliche Gelegenheit, von seinem Mißtrauen gegen die Zwecke der Friedensliga abzukommen. Schon in der gründlicheren und gerechteren Beurtheilung der Politik der verbündeten Mächte durch den Zaren, sowie in der Herstellung ungetrübter freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg liegt ein in hohem Maße wirthvoller, für die Zuversicht zum Frieden gewichtiger Erfolg. Diesem Charakter der Situation verlieh die deutsche Thronrede vernehmlichen Ausdruck. Beide Staatsmänner werden bei ihren Besprechungen gewiß nur von dem Streben beseelt sein, zu der Erfüllung der Hoffnungen beizutragen, welche die deutsche Thronrede ausgesprochen hat.

Es ist vorauszusehen, daß, wenn beide Staatsmänner diesem friedlichen Zwecke nachleben wollen, sie die Lage Bulgariens nicht unerörtert lassen werden. Da kommt zu rechter Zeit eine kleine Enthüllung. Den verschiedenen, über die Absichten der Reise des Prinzen Ferdinand von Koburg verbreiteten Gerüchten gegenüber nämlich veröffentlicht die „Neue freie Presse" den Inhalt eines Gespräches des Prinzen mit einem ihm nahestehenden Freunde, nach welchem der Prinz gesagt habe, er habe keine politischen Zwecke im Auslande und wünsche nur, daß Bulgarien glücklich, stark und reich werde. Nur in Sofia liege der Schwerpunkt der bulgarischen Frage, und seine ohne Vorbereitungen unternommene Reise liefere den Beweis, wie günstig die bulgarischen Verhältnisse sich gestalteten. An dem Tage, an dem er die Verfassung in Tirnowo beschworen, habe er gelobt, kein anderes Interesse zu kennen, als das des bulgarischen Volkes. Seitdem sei nur eine fürstliche Stimme anerkennend laut geworden, die eines Monarchen (Kaiser Franz Joseph), der selbst die edelste Verkörperung des Pflichtgefühls sei. Der Prinz könne geloben, daß er sich dieses Vertrauens immer würdig erweisen und nichts thun

Der Fürstenkongreß zu Frankfurt.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Deutsche Rundschau" in ihrem neuesten Hefte ein Kapitel des dritten, noch im Drucke befindlichen Bandes der Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst von Koburg. Wir entnehmen demselben folgende, besonders bemerkenswerthe Einzelheiten aus dieser ungemein lehrreichen Epitode der Entwickelungsgeschichte der deutschen Einigungsfrage. Zum Voraus müssen wir jedoch bemerken, daß diese vorläufigen Mittheilungen aus den „Denkwürdigkeiten" nur sehr lückenhaft sein können, weil eben der betreffende dritte Band noch nicht vorliegt. Wir werden daher aller Wahrscheinlichkeit nach etwas ausführlicher auf die fragliche Angelegenheit zurückzukommen haben. Wer nämlich auch nur ganz im Allgemeinen mit der auf jene Ereignisse während des Fürstentages bezüglichen Literatur vertraut ist, der muß in hohem Maaße auffallend finden, wenn der Herzog, gewissermaßen um die historische Wichtigkeit seiner eigenen Aufzeichnungen in ein helles Licht zu stellen, die Aeußerung thut, „daß die Thätigkeit der wirklich handelnden Personen bis auf den heutigen Tag in das vollständigste Dunkel gehüllt blieb". Das ist durchaus nicht der Fall. Vielmehr sind wir gerade über die Vorgeschichte, den Verlauf und die Kulissengeheimnisse dieses Fürstentages genau unterrichtet. Und zwar durch einen dabei sehr stark betheiligten deutschen Staatsmann, der sogar die Protokolle über die Verhandlungen geführt hat. Es ist geradezu unbegreiflich, wie dieser Umstand von dem Herzog so ganz und gar hat vernachlässigt werden können. Oder sollte er wirklich die Denkwürdigkeiten des Bremenfischen Bevollmächtigten Duckwitz niemals zu Gesicht bekommen haben? Gerade das auf den Fürstentag bezügliche Kapitel, welches der ungemein geschäftskundige und scharfsinnige hanseatische Senator unmittelbar nach jenen Ereignissen niedergeschrieben, bildet den weitaus bedeutsamsten Theil des genannten Buches. Man kann daher unmöglich glauben, der Herzog sei mit dem Inhalt desselben nicht bekannt geworden. Es bleibt somit keine andere Annahme übrig, als die, daß den alternden Herzog sein Gedächtniß ebenso in Stich gelassen haben mußte, als bei jener famosen Mittheilung über seine Theilnahme an der Affaire bei Eckernförde!

Nach dieser Vorbemerkung, die wir im Interesse der geschichtlichen Wahrheit nicht unterdrücken durften, werden wir uns nun den eigentlichen Ausführungen des Herzogs zu. Es heißt darin also:

Nachdem der Kaiser Franz Joseph unter dem 11. Juli 1863 ein Einladungsschreiben an alle deutschen Fürsten erlassen hatte, in welchem darauf hingewiesen war, daß die Verfassung des deutschen Bundes „nicht mehr in genügendem Maße dem Zwecke entspreche, ein stetes Band der Einigkeit für Deutschlands Fürsten und Völker zu bilden," daß daher „eine Reorganisation des Bundes" nothwendig sei, bemächtigte sich in den darauf folgenden Wochen eine ungemein große Erregung der deutschen Höfe. Alles drehte sich um die Frage, ob sich der König von Preußen an dem Unternehmen betheiligen werde. König Wilhelm befand sich damals zur Kur in Gastein. Das Schreiben desselben, welches vom 4. August datirt ist und die Ablehnung der Theilnahme kundgab, lautete wie folgt:

„Es gereicht mir zur lebhaftesten Genugthuung, aus Eurer Majestät Schreiben zu ersehen, wie Ew. Majestät mir mit in der Anerkennung des Bedürfnisses einer den Zeitumständen entsprechenden Reorganisation der Deutschen Bundesverfassung übereinstimmen, und bin ich gerne bereit zu gemeinsamen Berathungen über eine Aufgabe, welche mir jederzeit am Herzen gelegen hat, und die in Mannigfaltigkeit der Wege, auf welche ihre Ordnung bisher versucht worden ist, ebenso die Wichtigkeit wie die Schwierigkeit der letzteren erkennen läßt."

„Einer in die Interessen meines Volkes und der gesammten deutschen Nation so tief eingreifenden Frage gegenüber sind es zunächst zwei Erwägungen, welchen ich im Interesse der Sache selbst meine Entschließungen unterordne. Einmal kommt es darauf an, zu verhüten, daß das bestehende Maß der Einigung vor jeder Gefährdung durch das Streben nach einem festeren Bande bewahrt werde."

„In dieser Beziehung entnehme ich aus Ew. Majestät Absicht, die wesentlichen Grundlagen der Bundesverfassung zu erhalten, die Bürgschaft, daß das Gute, so weit es vorhanden, nicht ohne Sicherheit des Erfolges dem Streben nach Besserem geopfert werden wird."

„Meine zweite Erwägung ist die, daß die Erreichung des für die Zukunft gesteckten Zieles durch die Wahl des Weges wesentlich beeinträchtigt oder gefördert werden wird. Unsere Arbeiten würden, meines Erachtens, dadurch nicht erleichtert werden, daß wir sie mit einer Zusammenkunft der Souveräne beginnen. Es erscheint mir unerläßlich, daß einem so bedeutsamen Schritte, wenn er den gewollten Erfolg haben soll, eingehende Vorarbeiten und Konferenzen unserer Minister vorausgehen, über deren Ergebnis schließlich von den Souveränen die Entscheidung zu treffen sein wird."

„Aus diesem Grunde glaube ich mir die Annahme der Einladung zum 16. d. M. versagen und Ew. Majestät vorschlagen zu sollen, daß wir die Fragen, über welche von den Souveränen sämmtlicher Bundesstaaten zu beschließen sein wird, zunächst in Ministerial-Konferenzen der Vertreter der 17 Stimmen des engeren Rathes der Bundesversammlung berathen und feststellen lassen. Mit der Wahl Frankfurts als Ort einer solchen Versammlung bin ich einverstanden, und indem ich mich freuen werde, mit Ew. Majestät gemeinsam Hand an ein Werk zu legen, mit dessen Gelingen die Zukunft Deutschlands so innig verknüpft ist, ergreife ich ꝛc. ꝛc."

Gleichzeitig hiermit richtete Herr v. Bismarck-Schönhausen an die befreundeten Regierungen die Aufforderung, dem vom Könige von Preußen gegebenen Beispiele zu folgen und die Einladung abzulehnen.

Von diesem Stande der Dinge hatte der Herzog selbst, als er am 8. August von Reinhardsbrunn aus seine Zusage an der Theilnahme dem Kaiser mittheilte, noch keine Ahnung. Gleichwohl blieb er bei seiner Ansicht stehen, „daß es den besten Freunden Preußens nicht völlig einleuchten wollte, daß der König abseits stehen und bei der Versammlung fehlen könnte". Er beschloß daher, im Verein mit dem Großherzog von Baden und dem Großherzog von Weimar den Versuch einer nochmaligen Bitte beim König von Preußen zu wagen. In der Berufung des damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm nach Gastein glaubte Herzog Ernst einen Hoffnungsschimmer erblicken zu dürfen. Allein er mußte sich sehr bald vom Gegentheil überzeugen. In sehr gedrückter Stimmung reiste er am 14. August nach Frankfurt ab.

„Die hohe Gesellschaft," so schreibt der Herzog, „welche in Frankfurt vereinigt war, zeigte äußerlich mehr Uebereinstimmung, als unterlich vorhanden zu sein schien. Der aufmerksame Beobachter unterschied vom ersten Momente deutlich die Parteien, welche unter den Fürsten bestanden. Diese hatten mit sehr verschiedenen Meinungen ihre Reise angetreten. Es gab einige darunter, welche mit einer Art von Nihilismus an die Sache herangetreten waren. Die unleugbare Erfahrung, daß alle bisherigen Versuche zur Einigung Deutschlands gescheitert waren, erfüllte sie mit der bangen Vermuthung, daß es dem neuesten Versuche nicht besser ergehen werde als den früheren."

Der Kaiser Franz Joseph leitete die Verhandlungen mit einer längeren Ansprache ein, in welcher er unter Anderem Folgendes über die Absicht, welche seinem Vorhaben zu Grunde lag, sich äußerte:

„Gegründet auf einen erweiterten Begriff der Bundeszwecke, legen die Bestimmungen dieses Entwurfs die vollziehende Gewalt des Bundes in die Hände eines Direktoriums, welchem ein Bundesrath zur Seite stehen würde. Sie berufen periodisch eine Versammlung von Abgeordneten zu vollberechtigter Theilnahme an der Gesetzgebung und dem Finanzhaushalte des Bundes. Sie führen periodische Fürstentage in das politische Leben Deutschlands ein. Sie verleihen durch Gründung eines unabhängigen Bundesgerichtes dem öffentlichen Rechtszustande in Deutschland eine unantastbare Gewähr. In allen diesen Beziehungen wahren sie folgerichtig und so strenge als möglich den Grundsatz der Gleichberechtigung unabhängiger, verbündeter Staaten, vereinigen aber mit diesem Grundsatze zugleich diejenigen Rücksichten auf Machtverhältniß und Volkszahl, welche von der Natur der vorgeschlagenen Einrichtungen, insbesondere einer kräftigen Exekutive und einer Gesammtvertretung am Bunde unzertrennlich sind."

Und auf die ablehnende Antwort des Königs von Preußen zurückkommend, fuhr dann der Kaiser in folgenden Sätzen fort:

„Es ist mir verlagt geblieben, den König Wilhelm von Preußen zu bewegen. Unserem Einigungswerke Seine persönliche Mitwirkung zu gewähren. Aber die Hoffnung auf ein glückliches Ergebniß dieses Tages halte ich deshalb nicht minder standhaft fest. Der König von Preußen hat meine Gründe für die Nothwendigkeit und Dringlichkeit einer Reform der Bundesverhältnisse vollkommen gewürdigt. Keinen anderen Einwand hat König Wilhelm